

Deutschland.

Berlin, 3. Oktober. Se. Majestät der König hat bei der Ankunft in den Hohenzollernschen Landen mit Sr. Königl. Hoh. dem Kronprinzen Wohnung im Jagdschloß Lindich genommen. J. M. die Königin ist bei der fürstlichen Familie im Schloß Sigmaringen abgesehen.

— Wie die „Z. C.“ wissen will, sollen in Salzburg Verhandlungen über die künftige Papp-Wahl getroffen sein.

— Der Abg. v. Bodum-Dolfs hat u. A. zum Militär-Etat folgende Anfragen gestellt: „Soll das Gehalt des Kommandeurs in den Marken und das des Gouverneurs von Rheinland und Westfalen dauernd bleiben oder künftig wegfallen?“ Darauf ist die Antwort ergangen, daß sie im nächsten Etat als „künftig wegfallend“ bezeichnet werden sollen. Eine weitere Frage betraf die Adjutantenzahl, worauf der Bescheid lautete, es wären die der norddeutschen Bundesfürsten hinzugezogen. Endlich fragte derselbe Abgeordnete an, wodurch sich die einzelnen Bundesstaaten gewährten Erlasse am Militärbudget rechtfertigen ließen. Darauf lautete die Antwort: „Diese Erlasse seien zur allmählichen Ueberführung in den geregelten Zustand auf sieben, respective fünf Jahre bewilligt worden, um eine zu drückende Ueberbürdung zu vermeiden, und sie beständen in einem Nachlasse an der Höhe der Kopfbeträge.“

— Nach den mit dem König Georg von Hannover getroffenen Vereinbarungen bleibt, dem Vernehmen nach, die Verwaltung der Kapitalien, deren Zinsengenuß König Georg erhält, in preussischen Händen. Auch die Schlösser, deren Besitz ihm eingeräumt ist, das Schloß Herrenhausen und die der Königin gehörende Marienburg, nebst der Domäne Kalenberg, werden bis auf Weiteres von Preußen verwaltet. Das Schloß an der Leine wird gemeinsames Besitzthum sein, und zwar in Rücksicht auf die gemeinschaftlichen Familien-Erinnerungen, welche für beide Fürstenhäuser an dieses Schloß sich knüpfen; für das preussische Königshaus, da dort am 10. Mai 1776 die Königin Louise geboren wurde, deren Vater, der Herzog Karl Ludwig von Mecklenburg-Strelitz, damals Gouverneur von Hannover war; für das Haus Hannover, da der König Ernst August, der Vater des Königs Georg, daselbst gestorben ist.

Berlin, 3. Oktober. (Norddeutscher Reichstag.) 13. Sitzung. (Schluß.) Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Antrags des Abg. Grafen Lehnardt und Genossen nimmt zunächst der Antragsteller Graf Lehnardt das Wort und erklärt, wenn auch die Antragsteller die Angelegenheit für spruchreif zur Beschlußfassung und zur gleichzeitigen Verhandlung mit dem Kaiserlichen Antrag für wohlgeordnet erachteten, auch mit einer Vorberatung im Hause einverstanden zu sein. — Abg. Schultze (Berlin): Die Antragsteller haben zwar eine Angelegenheit von außerordentlicher Wichtigkeit ausgenommen, sich jedoch die Sache sehr leicht gemacht. Soll ein dem Bedürfnis entsprechendes Gesetz zu Stande kommen, so ist die Angelegenheit anders aufzufassen und beruht in Angriff zu nehmen, daß Aussicht auf guten Erfolg vorhanden. Hierzu empfehle ich die Kommissionsberatung. — Abg. Lasker: Ich trete dem Antrage zur Vorberatung bei. Ich bin zwar nicht gegen das materielle Urtheil des Vorredners, halte jedoch eine Kommission nicht für die Vorberatung, weil eine solche nicht ernannt, einen unbrauchbaren Gesetzesentwurf in einen brauchbaren umzuwandeln. Da die betreffende Vorlage die Sympathie des ganzen Hauses besitzt, so wünsche ich, daß die allgemeinen Prinzipien vor dem ganzen Lande verhandelt werden. Ich nehme gleichfalls Abstand von einer Beschlußfassung und empfehle Vorberatung im Hause. — Abg. Grumbrecht spricht sich in demselben Sinne aus, wie der Vorredner und macht darauf aufmerksam, daß eine Verweisung an eine Kommission bei der Vorberatung im Hause, wenn dieselbe für notwendig gehalten werden sollte, immer noch möglich sei. — Abg. Dr. Michaelis führt den Ausführungen der Vorredner hinzu, daß eine Vorberatung im Hause, auch wenn eine Kommissionsberatung nachträglich beliebt werden sollte, das Gute habe, daß sie den Verhandlungen der Kommission die richtige Richtung gebe. — Abg. v. Seydewitz (Bitterfeld): Wir könnten uns möglicherweise darauf verlassen, daß der Bundesrath seine Zustimmung zum Kaiserlichen Antrage von jenem Vorhaben des Hauses in der Richtung unseres Antrages abhängig macht. Wir haben den Antrag weit weniger im Interesse der Mitterschaft der östlichen Provinzen gestellt, welche schon Kreditinstitute hat, sondern besonders für die außerpreussischen Bundesländer, für die Städte, welche schon lange um die außerpreussischen Bundesländer, gekämpft haben. Hätten wir uns speziell mit preussischen Verhältnissen befaßt, so hätte unser Antrag eingehender sein können. Weil wir aber nicht wollen, daß der Reichstag nur für Preußen arbeite, sondern auch für die anderen Bundesstaaten, und weil sich dort nicht alle Verhältnisse übersehen ließen, haben wir nur allgemeine Grundsätze hingestellt. Ich glaube, der Grundbesitz und das ganze Haus mit einigen prinzipiellen Ausnahmen erwartet eine Korrektur zum Kaiserlichen Antrage. Man hofft, und ich gebe zu, vielleicht kann man sich darin irren, eine Hilfe gegen den Kaiserlichen von der Richtung unseres Antrages, und der Reichstag würde gut thun, dieser Hoffnung ihr Recht zu gewähren. Eine Verweisung an die Kommission würde das Grundsätzliche sein, würde aber die Sache ins Endlose ziehen. Durch Vorberatung unseres Antrages im Plenum wird aber denken, welche das schon eine Hilfe. Ich bitte, unsern Antrag nicht in eine Kommission zu verweisen, die ihn in dieser Sitzung nicht erledigen würde.

Abg. Graf Reiff: Ich acceptire den Vorschlag, die Vorberatung anzunehmen. — Abg. Lasker: Ich wollte dagegen protestiren, daß man bei der Beratung über die geschäftliche Behandlung des vorliegenden Antrages schon in die Debatte über das Materielle meines Antrages eingeht. — Vicepräsident Herzog v. Ujest: Es ist auch von der linken Seite auf das Materielle des anderen Antrages eingegangen, und deshalb habe ich es auch den Herren Rednern auf jener Seite (nach rechts deutend) gestattet; denn was dem einem Recht ist, ist dem Andern billig. Ich werde darauf sehen, daß es später nicht mehr der Fall ist. — Abg. Schultze (Berlin) verwahrt sich dagegen, zur materiellen Seite des Lehnhardt'schen Antrages gesprochen zu haben und empfiehlt Verweisung desselben in eine Kommission. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte vom Grafen Schulenburg wird abgelehnt. — Abg. Graf Bethusy-Huc: Es ist mir unmöglich, für einen anderen Antrag als für den Verweisung an eine Kommission zu stimmen. Es scheint mir unmöglich, den Antrag in einem materiellen Theile durch Vorberatung zu erledigen. Einen Casusmodi zwischen den beiden fraglichen Reichstagen zur Aufstellung eines solchen Gesetzesentwurfes angezweifelt. Ich glaube, daß auch hierüber die Kommission am Besten entscheiden kann. — Abg. v. Hennig: Es ist eine prinzipielle Frage, über die zunächst das Haus entscheiden muß; später jedoch, wenn sich das Haus geäußert hat, werden wir die Vorlage in eine Kommission verweisen müssen.

Dem Abg. v. Seydewitz muß ich bemerken, daß die Stadt Berlin auf keine Staatshilfe rechnet. — Abg. Graf Schwerin (theilweise unverständlich) spricht für Vorberatung im Hause. Der Herr Abg. Graf Seydewitz hat erklärt, daß die Antragsteller die Vorlage nicht in ihrem Interesse eingebracht hätten. Es ist mir wunderbar, daß kein Vertreter der Städte oder der Landestheile, wo noch nicht solche Kredit-Institute bestehen, denselben mitunterzeichnet hat. Der vorliegende und der Kaiserliche Antrag stehen nach meiner Ansicht in keinem Conner. — Abg. v. Bethmann-Hollweg spricht sich gleichfalls für Vorberatung im Plenum und spätere Ueberweisung an eine Kommission aus, worauf der Antrag des Abg. Graf Lehnardt auf Vorberatung im Hause mit großer Majorität angenommen wird, dagegen die Linke und Graf Bethusy-Huc.

Das Haus tritt darauf in den dritten Gegenstand der Tagesordnung ein. Vor Beratung des Etats der norddeutschen Bundes-Spezialdebatte über Einnahmen Kap. 2 Post- und Zeitungs-Verwaltung.

Der Präsident verliest folgenden Antrag des Abg. Krug: Der Reichstag wolle beschließen: I. daß die Bestreitung der Pensionen der pensionirten Bundesbeamten eine ausschließliche Pflicht des Bundes ist und daß demzufolge den Beamten keine Pensionsbeiträge vom Gehalte abgezogen werden sollen; II. für den Fall, daß dieser Antrag abgelehnt wird, die Bundes-Regierung aufzufordern: 1) die Pensionsbeiträge, welche den Beamten des Bundes von ihrem Gehalte abgezogen werden, nicht nach den in ihrem Heimathlande geltenden Bestimmungen, sondern für alle Beamten des Bundesgebietes ohne Rücksicht auf ihre Heimath nach gleichen Grundsätzen festzustellen; 2) die Gehälter der Bundesbeamten ein für allemal auf diejenigen Beträge zu fixiren, worauf sie nach Abzug der Pensionsbeiträge zu stehen kommen und dieselben nur mit diesen Beiträgen in den Etat aufzunehmen.

Es wird darauf zur Beratung des Etats der Post- und Zeitungs-Verwaltung übergegangen. Bundes-Kommissar v. Philippsborn macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche die Aufstellung des Etats in diesem Jahre gehabt habe. Er giebt darauf eingehende Erläuterungen zu den einzelnen Positionen. Er geht dann insbesondere auf die frühere Thurn- und Taxis'sche Postverwaltung über und bittet auch hier um die provisorische Genehmigung der einzelnen Positionen. In Bezug auf die Verwaltung des General-Postamts bemerkt er, daß eine Verminderung der vortragenden Räte nicht eintreten würde; sollte dieselbe später zulässig werden, so würde auch immer hier die Theilung von Post und Telegraphie aufrecht gehalten werden müssen. Den Remunerationsfonds bittet er trotz des dazu gestellten Antrages ungeschmälert in seiner jetzigen Höhe bestehen zu lassen. Diese Höhe rechtfertigt sich nicht nur durch das Bedürfnis bei der Post-Verwaltung, sondern sie stehe auch im Zusammenhange mit der grundsätzlichen Normirung eines solchen Fonds bei ähnlichen Gebietsverwaltungen. Die Anforderungen der Betriebsbeamten bei der Post seien ungleich größer, als die an solche Beamte, die ohne Rücksicht auf Tag und Nacht ihre Geschäfte regeln könnten. Der Postbeamte, der Eisenbahnbeamte und der der Bergwerke sei durch seine anstrengende Tag- und Nachtarbeit viel leichter Ermüdungen und Krankheiten ausgesetzt. Wenn also im Laufe der Jahre eine Gehaltsverhöhung dieser Beamten eintreten sollte, so bitte er doch, den Remunerationsfonds in seiner jetzigen Höhe bestehen zu lassen. Eine exceptionnelle Gehaltsverhöhung könne jedoch bei den Postbeamten nicht beansprucht werden, diese Erhöhung könne nicht stattfinden unabhängig von anderen Kategorien, wo gleiche Anforderungen gemacht würden. Ueber die Gehaltsverbesserung Bedacht zu nehmen, meine er, sei wohl der Fürsorge der Verwaltung zu überlassen, denn die Gewährung sei im Großen und Ganzen doch nur von der Lage der Staatsmittel abhängig. Zugleich mit der Bitte, den Remunerationsfonds ungeschmälert zu lassen, bitte er auch, den darauf bezüglichen Antrag abzulehnen. Eine genaue Statistik am Schlusse des Etats, wie sonst immer gegeben, beizufügen, sei diesmal nicht möglich gewesen, man würde aber mit dem Jahre 1868 eine solche von Neuem begründen. Dieselbe würde für die folgenden Jahre zur genügenden Grundlage dienen, hauptsächlich behufs Vergleichung der einzelnen Jahre. — Von dem Abg. Götz und Liebschütz ist inzwischen der Antrag nach einem einheitlichen Porto-Tarif innerhalb des norddeutschen Bundes gestellt. — Der Abg. Beck bittet den Herrn Bundeskommissar um Auskunft, ob sich das Gerücht bestätige, daß die Königl. preussische Regierung mit der württembergischen verhandele über die Uebertragung des Postregals in den hohenzollernschen Landen an die württembergische Postverwaltung. — Bundes-Kommissar v. Philippsborn. Wenn auch die Königlich württembergische Regierung in dieser Beziehung entgegenkommende Vorschläge gemacht, so habe man doch von einer derartigen Abweisung in der Postverwaltung abgesehen. — Abg. Dr. Becker (Dortmund) motivirt ausführlich seinen Antrag auf Gehaltsverhöhung der mittleren Postbeamten und die Verminderung des sehr beträchtlichen Remunerationsfonds, will in Bezug auf den letzteren Theil des Antrages von demselben Abstand nehmen. Er habe bestimmte Erklärungen von Seiten des Herrn General-Postdirektors erwartet. Der hohe Remunerationsfonds selbst spreche für Erhöhung der Gehälter, derselbe sei geeignet, die Beamten von ihren jeweiligen Chefs abhängig zu machen. Die Siderheit des Postbetriebes erfordere eine bessere Stellung der Beamten, auch sei die Zahl der Städte, die bezüglich der Theuerungsverhältnisse berückichtigt, eine zu geringe; er empfehle dringend den ersten Theil seines Antrages, wie sehr auch das Bedenkliche des hohen Remunerationsfonds nicht zu verkennen.

Bundes-Kommissar General-Postdirektor Philippsborn wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners bezüglich der zu geringen Berücksichtigung der Theuerungsverhältnisse. Wollte man den hierüber einlaufenden Berichten überall Rechnung tragen, so könne man eine Gehaltsverhöhung füglich in den meisten Städten eintreten lassen. Ich spreche mich aus Erfahrung gegen einen Theuerungsantrag aus. Der Beamte muß sich so einrichten, daß er mit seiner Besoldung auskomme. Den Remunerationsfonds bitte ich Sie nicht zu schmälern. M. H., verwerfen Sie den Becker'schen Antrag. — Abg. Meyer (Ebern) fragt, ob das Normgebende der Hauptetat oder die Spezialetat seien, und ob der Bundesrath eine Vorlage wegen einheitlicher Portogebühr machen werde. — Bundes-Kommissar Präsident Delbrück: Es ist gleichgültig, ob etwas mehr rechts oder links auf dem Blatte steht, Gesetz ist es darum doch. Ein solcher Zweifel erklärt sich nur durch langen Umgang mit dem preussischen Staatshaushaltsetat. Die 20 Millionen Ausgaben bei der Post werden gemacht, um 22 Millionen zu produzieren, es sind daher nur 2 Millionen als Bundes-einnahme in den Etat zu stellen. Eine Vorlage über das Porto beschäftigt den Bundesrath augenblicklich noch. — Abg. Dr. Blum (Sachsen) fragt den Herrn Bundeskommissar, ob nicht eine Tarifermäßigung für Muster-sendungen nach Italien herbeigeführt werden könne. Andere Staaten hätten bessere Bedingungen, so daß die deutsche Industrie unter ungünstigen Verhältnissen konkurrenz. — Bundes-Kommissar v. Philippsborn: Der Post-Vertrag zwischen dem Zollverein und Italien bezieht sich nicht auf Waaren-Postsendungen, da sich die Königlich italienische Regierung nicht mit der Paketbeförderung befaßt. Die Sendung für Proben ohne Werth ist seit dem 1. Oktober erleichtert. — Der Abg. Grumbrecht stellt den Antrag: Der Reichstag wolle beschließen in Folge der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, daß eine allmähliche Aufbesserung der Gehälter der Postbeamten eintreten werde, und in Folge des Erlasses des Herrn Bundes-Kommissars, den Remunerationsfonds nicht zu schmälern, über den Becker'schen Antrag zur motivirten Tagesordnung überzugehen. Die Spezial-Diskussion wird eröffnet und Nr. 1 und 2 ohne Debatte genehmigt. Zu Nr. 3 fragt Abg. Rüssel (Oldenburg), ob in den Ländern, wo kein Postgesetz mehr bestehe, eine Wiedereinführung desselben beabsichtigt werde. — Bundes-Kommissar v. Philippsborn: Ich erlaube mir die Versicherung auszusprechen, daß eine Wiedereinführung des Postgesetzes, wo es nicht mehr besteht,

nicht beabsichtigt wird. Nr. 3—10 werden sodann ohne Debatte angenommen. Bei der Beratung über die Betriebsabgaben nimmt das Wort der Abg. Dr. Löwe. Er erkenne den guten Willen der Regierung an, den Uebelständen der geringen Besoldung abzuheben. Bei den Bewilligungen sei nicht bloß Rücksicht zu nehmen auf den Charakter des Beamten. Wenn ein Mensch wisse, was er hat, so richte er sich ein, die Hoffnung auf extraordinäre Zulagen führe leicht zu Ueberforderungen. Der Antrag solle Klarheit in die Bewilligungen bringen. Er wünsche aber auch, daß die zu geringe Besoldung der Beamten abgeschafft werde, darum bitte er um Annahme des Antrages vom Abg. Dr. Becker. — Abg. Dr. Becker (Dortmund): Er beabsichtige nicht, die Theuerungszulagen zu streichen, die für andere Verwaltungszweige lautgewordenen Wünsche zur Verbesserung der Beamtengehälter seien hier, gegenüber dem vorgelegten Etat, nicht zu berücksichtigen. — Abg. Grumbrecht: Er halte den Antrag des Abg. Dr. Becker für bedenklich und würde er deshalb gegen denselben stimmen. Man dürfe nicht die Forderung aufstellen, daß bis zu einem gewissen Zeitpunkt die Gehälter erhöht sein müßten. Da er aber dem Antrage sich nicht ganz entgegenstellen wolle, so habe er die motivirte Tagesordnung beantragt. — Abg. Twesten spricht seine Uebereinstimmung mit dem Abg. Grumbrecht aus, solle eine Gehaltsverhöhung stattfinden, so würden besonders die Vorsteher der Post-Expeditionen erster Klasse zu berücksichtigen sein, die bei einer großen Verwaltung und sehr verantwortlicher Stellung doch nur ein Gehalt von 4—500 Thlr. hätten. Den Remunerationsfonds halte er durchaus nicht für zu hoch, er bitte daher, den Antrag des Abg. Grumbrecht anzunehmen.

Abg. Graf v. Schwerin: Er sei vollkommen mit dem Abg. Grumbrecht einverstanden. Außerdem dürfe man dem Chef der Verwaltung doch gewiß zutrauen, daß er die Verhältnisse seiner Beamten so viel als möglich berücksichtigen werde. Er empfehle den Antrag Grumbrecht. — Abg. Dr. Löwe verwahrt sich gegen den Vorwurf des Vorredners, als habe man durch den Antrag ein Mißtrauensvotum gegen den Chef der Postverwaltung beschließen wollen. Jeder erkenne gewiß die Vortrefflichkeit dieser Verwaltung an. Hiermit wird die Diskussion geschlossen. Bei der Abstimmung werden die Titel 11 und 12 angenommen. Zu Titel 13 liegen die Anträge der Abgg. Dr. Becker und Grumbrecht vor; letzterer wird angenommen; ebenso die Tit. 13 bis 21. Der zu dem letzten Titel vorliegende Antrag des Abg. Dr. Götz und Liebschütz wird abgelehnt. Der Vice-Präsident Herzog von Ujest übernimmt das Präsidium wieder und schlägt vor, die Beratung über die Untervertheilung in dem Titel 22 auszuschieben bis zu der Beratung über die Matricular-Beiträge. Das Haus ist damit einverstanden. Es folgt der Telegraphen-Etat. Hierzu liegt folgender Antrag des Abg. Meier (Bremen) vor: Der Reichstag wolle beschließen: Den Bundeskanzler zu ersuchen, Bedacht darauf zu nehmen, daß für das ganze Gebiet des norddeutschen Bundes ohne Rücksicht auf die Entfernung ein einheitlicher billiger Tarif für telegraphische Depeschen eingeführt werde. Zur Einleitung der Debatte nimmt das Wort der General-Postdirektor v. Philippsborn: Derselbe erläutert die einzelnen Titel und Positionen des vorliegenden Etats und erklärt sich gegen den Antrag des Abg. Meier (Bremen), da von Seiten der Verwaltung zunächst Rücksicht auf eine Vermehrung und Vervollständigung der vorhandenen Einrichtungen genommen werden müßte. Der Abg. Meier glaubt, daß durch Berücksichtigung seines Antrages eine Mehr-Einnahme in der Telegraphen-Verwaltung erzielt werde, durch welche auch die anderen Bedürfnisse bei der Verwaltung befriedigt werden könnten. Sein Antrag komme dem kleinen Verkehre zu Gute, ebenso wie dem ganzen norddeutschen Bunde. Der Abg. Kirchmann bittet um Auskunft über die Stellung der Bundesverwaltung und der einzelnen Staaten in Betreff des Telegraphenwesens, da die Bundesverfassung die Verwaltung desselben einzig und allein dem Bunde übertrage, während nach den früheren Äußerungen des Bundeskanzlers dieselbe zwischen der Verwaltung des Bundes und der der Einzelstaaten getheilt sei. Wird die dadurch entstehende Schwierigkeit für Preußen gehoben, so bleibt sie doch für die kleinen Staaten bestehen. — Präsident des Bundeskanzler-Amtes Delbrück: Ich bin gern bereit, diejenige Frage des Vorredners zu beantworten, welche sich auf den Telegraphen-Etat bezieht. Ich glaube, der Vorredner hat mit dem Worte „Verwaltung“ einen anderen Begriff verbunden als der Bundeskanzler und die Mehrheit dieses Hauses. Ein Unterschied besteht in der Aufstellung eines Etats in der Verwaltung selbst. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Verwaltung namenlich die Personal-Erennungen zustehen. Wenn nun in der Anstellung von Beamten ein Verwaltungssakt liegt, ferner die Anstellung gewisser Beamten-Kategorien den einzelnen Regierungen vorbehalten ist, so folgt, daß ihnen auch ein Theil der Verwaltung vorbehalten ist. Natürlich sind sie hierbei an den von dem Reichstage aufgestellten Etat gebunden und keine Landesvoertretung hat mehr die Vorlage eines betreffenden Etats zu verlangen. Durch eine Ernennung von den Beamten durch die Landes-Regierungen wird auch das Verwaltungs-Interesse des Bundes nicht geschädigt. In einem Einheitsstaate überläßt man solche Ernennungen ja auch den Mittel- und Unter-Beörden. In Preußen ist nach der Zukunft den jetzigen General-Postverwaltung, welche zugleich diesen den Landesregierungen vorbehaltenen Theil begreifen, nicht auseinander. Man schuf für diese wenig erheblichen Verwaltungssakte besondere Behörden. In anderen Ländern schließt man sich einfach an die bestehenden Einrichtungen an. Diese Trennung kann keineswegs einen nachtheiligen Einfluß auf den gesamten Betrieb der Post und Telegraphie ausüben.

Abg. Braun (Wiesbaden) spricht sich für den Antrag Meier aus, insofern derselbe der Bundesregierung den Wunsch ausdrückt, eine Herabsetzung der Tarifsätze in Erwägung zu ziehen, kann sich jedoch weder mit der Fassung noch Motivirung des Antrages einverstanden erklären; da das noch neue Telegraphen-Institut einmal ein Staats-Institut sei, müsse auch darauf Rücksicht genommen werden, die vorhandenen Ueberschüsse allen Theilen des Landes zu Gute kommen zu lassen. — Abgeordneter Grumbrecht erklärt sich gegen den Antrag des Abg. Meier. Dieser stelle zwar eine größere Einnahme in Aussicht, er jedoch müsse mehr Gewicht auf die Ausföhrungen des Generalpostdirektors legen. Der beantragte ermäßigte einheitliche Satz komme mehr den großen Geschäften als den kleinen Leuten zu Gute. — Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen, ebenso werden sodann die einzelnen Positionen des Etats der Telegraphen-Verwaltung genehmigt, der Antrag des Abgeordneten Meier (Bremen) abgelehnt. Ein Vertagungsantrag wird angenommen und die nächste Sitzung auf Freitag Vormittag 10 Uhr anberaumt. Tagesordnung: der Schluß der heutigen und Beratung über die Behandlung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Freizügigkeit. Schluß der Sitzung 3 Uhr 45 Minuten.

Danzig, 1. Oktober. Kurz vor 9 Uhr Morgens waren die Offiziere und Beamten der hiesigen Königl. Werft auf dem freien Plage innerhalb derselben versammelt, wo an dem Flaggenstock die biederige alte Flagge wehte. Die Mannschaften der Korvette „Augusta“ (welche letztere augenblicklich zur Anweisung an der Königl. Werft liegt), die Detachements der Flotten-Stamm- und Werft-Division, der See-Artillerie, so wie die Werft-Wache, vom 5. Regiment gestellt, waren in einem Biviere aufgestellt. Die „Augusta“ flaggte an allen drei Toppen, alle Offiziere waren in großer Uniform. Der Ober-Werftdirektor Korvetten-Kapitän Werner hielt darauf die folgende Ansprache: Wir sind im Begriff einer Feierlichkeit beizuwohnen, die sowohl für einen Jeden von uns, wie für unser gesamtes Vaterland von größter und erhe-

bedeutendste Bedeutung ist. In wenigen Minuten wird unsere preussische Flagge für immer gestrichen werden, um einer andern ihren Ehrenplatz einzuräumen. Es knüpfen sich so viele theure und ruhmreiche Erinnerungen an die jetzt so streichende Flagge; seit Jahrhunderten sind unsere geschichtlichen Traditionen auf das Engste mit ihr verflochten und auch wir von der Marine haben unter ihr die Feuerkämpfe erhalten. Deshalb sehen wir sie mit schmerzlichen Gefühlen von uns scheiden. Aber andererseits dürfen wir auch die neue Flagge mit freudig bewegtem Herzen begrüßen; denn sie ist das Symbol des geeinigten Deutschlands, des neu erstandenen mächtigen Reiches, das achtungsgebietend und ebenbürtig in die Reihe der großen Völkerfamilie tritt und dem anzugehören wir uns mit gerechtem Stolz rühmen dürfen. Der Gedanke, der seit so vielen Jahren die Brust eines jeden Patrioten befehlte, die Hoffnung auf ein einiges deutsches Reich, diese so lange und innig gehegten Wünsche sind endlich zur Wahrheit geworden. Das glorreiche Jahr 1866, so strahlend an Ruhm und Ehre, so einzig und unerreicht in der Geschichte, hat das große Werk vollbracht und von dem Lenker der Weltgeschichte ward unser Heldenkönig ausgerufen, es glücklich zu vollführen. Wohl dürfen wir als Preußen deshalb stolz auf das Werk blicken, das unser König im Verein mit seinem treuen Volke geschaffen, für das unsere Brüder im heißen Kampfe ihr Blut vergossen haben. Es ist viel kostbares Blut dafür dahingegeben, aber es ist auch nicht vergebens gesessen. Es bindet als unlösbarer Kitt die Grundmauer des neuen Gebäudes zu einem Ganzen, das felsenfest und sicher den Stürmen der Zukunft trotzen und auf dessen Zinnen die neue Flagge als Wahrzeichen deutschen Ruhmes wehen soll. Für uns in der Marine hat die neue Flagge aber noch eine besondere Bedeutung. Wir werden nicht allein unter ihr dienen, wir sollen sie auf unsern Schiffen auch hinaustragen auf das Weltmeer zu den fremden Völkern, um ihnen Kunde zu geben, daß ein neues Reich entstanden ist, welches Deutschland heißt, ein Reich des Friedens zwar, aber von dem festen Willen befehlte und mächtig genug, um jeden Störer dieses Friedens zu Boden zu schlagen. Und wird für uns in der Marine einst die Zeit kommen, wo es gilt unter der neuen Flagge dem Feinde entgegenzutreten, dann soll der rote Streif in ihr uns daran erinnern, mit wie viel Blut sie erstritten wurde. Er soll uns anspornen, eben so heldenmüthig, eben so treu und hingebend für König und Vaterland zu kämpfen und zu sterben, wie unsere Waffenbrüder von der Armee auf Böhmens blutigen Schlachtfeldern; er soll uns aber auch lehren, zu siegen, wie sie. Das wolle Gott! — Und nun senke Dich herab, Du stolzer schwarzer Aar in weißem Feld, der Du Jahrhunderte lang schützend über Preußen geschwebt und ihm den Weg vom Fels zum Meer gezeigt. Nimm unsern ehrenden Scheidegruß; aber schweb auch gleichzeitig als verjüngter Phönix in der neuen norddeutschen Flagge wieder empor in die Lüfte. Mögest Du als sieg- und ruhmgeladener Banner Deutschlands als Sinnbild seiner Einigkeit und Macht Deine Schwingen über uns und auf allen Meeren entfalten! Und in dieser frohen Hoffnung begrüßen wir Dich und Deinen erhabenen Schöpfer, unsern theuren König Wilhelm I., mit einem dreifachen, laut und freudig aus vollem Herzen schallenden Hurrah!

Bei den Worten: „Nun senke Dich, Du stolzer Aar“, präsentirten die Truppen das Gewehr; alle übrigen Anwesenden nahmen die Kopfbedeckung ab. Die alte Flagge senkte sich und die neue Flagge stieg langsam in die Lüfte empor unter dem dreimaligen Hurrah der Versammelten. Ebenso geschah es an Bord der „Augusta“. Das Wetter war bis dahin trübe gewesen, ein dichter Regen noch hatte sich kurz vorher ergossen; aber in dem Augenblick, wo die neue Flagge emporstieg, durchbrach die Sonne das Gewölk und ließ ihre hellen Strahlen auf dieselbe fallen. Mit wunderbarer Schnelligkeit war das Regengewölk verschwunden und ein betterer Himmel leuchtete bis zum Schluß der Ferialität und nach derselben auf das neue Banner herab.

Dirschau, 2. Oktober. Gestern Abends 9 Uhr trafen mit dem Courierzuge der Großfürst-Erbsolger von Rußland und Gemahlin mit einem Gefolge von etwa 30 Personen hier ein. Die hohen Herrschaften wurden von dem russischen General-Konsul Hrn. v. Adelsung empfangen, begaben sich dann durch das Bahnhofsgelände zu den unter dem Pavillon der großen Uhr bereit stehenden Wagen, welche sie in das Hotel des Hrn. Hensel führten, wo sie das Souper einnahmen und übernachteten. Heute Morgens 9 Uhr beabsichtigten sie ihre Reise nach Petersburg mit dem Courierzuge fortzusetzen.

Nachricht. Der Großfürst wird wegen Unpäßlichkeit seiner Gemahlin den Aufenthalt in Dirschau noch einen Tag verlängern. Eine Depesche wurde an den Kaiser geschickt.

Arolsen, 1. Oktober. Unser Fürst hat ohne die Lösung der Frage wegen des Accessionsvertrages abzuwarten, das Fürstenthum verlassen und sich mit der ganzen Familie nach Italien begeben. Am 25. v. Mts. rückte hier ein Bataillon vom 83. preussischen Infanterie-Regiment ein.

Seehingen, 30. September. (V. Fr.-Bl.) Heute, am Geburtstage Ihrer Majestät der Königin Augusta von Preußen, hat die feierliche Schlüsselübergabe in der evangelischen Schlosskapelle auf Hohenzollern stattgefunden. Nachmittags 4 Uhr begann die feierliche Handlung. Der königliche Wirkl. Geh. Rath Graf Stillsried, Vorsitzender der Allerhöchst bestellten Immediat-Kommission, trat an die Stufen des Altars und sprach ungefähr folgende Worte: „Die königliche Immediat-Kommission der Burg Hohenzollern hat heute eine theure Pflicht zu erfüllen, eine Pflicht, die gewissermaßen als Vermächtniß E. hochseligen Majestät weiland König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen anzusehen ist, nämlich den Schlüssel zu legen vor diesem Altare, unter welchem der Grundstein ruht, den E. Majestät am 3. Oktober 1856 Allerhöchstselbst verlegt hat. Diese Handlung besitzt aber eine ganz besondere Bedeutung und ungewöhnliche Weihe, da sie den Bau nicht bloß dieses Gotteshauses, sondern der Burg selbst in ihrer ganzen Ausdehnung vollendet; wir verrichten sie, indem wir den Wunsch aussprechen, daß dem Herrn der wiederhergestellten Burg und den Bewohnern derselben Freude, denen, die dieses Gotteshaus besuchen, Frieden erbliuen, Allen aber Gottes Segen in reichem Maße zu Theil werden möge.“ Hierauf folgte die Verlesung der Urkunde, sodann die Unterzeichnung derselben.

Sowohl die Urkunde und der Baurapport von den Jahren 1856 — 67, als auch Münzen aus den Münzstätten von Berlin, Hannover und Frankfurt, die Krönungs-Medaillen aus dem Jahre

1861, die Erinnerungskreuze aus den Jahren 1864 und 1866 wurden in einer gläsernen Kapsel hermetisch verschlossen und in den geöffneten Schlüsselstein beigelegt. Hierauf vermauerte der Königl. Wirkl. Geh. Rath Graf Stillsried den Schlüsselstein und es erfolgten die üblichen Hammerschläge.

Seehingen, 3. Oktober, Morgens. Auf die Ansprache des Stadtschultheißen bei dem feierlichen Empfange der Allerhöchsten Herrschaften in dieser Stadt erwiderte der König: „Ich danke Ihnen für Ihre inhaltreiche Ansprache. Zum vierten Male, und jetzt zum ersten Male seit meiner Thronbesteigung, habe ich die Hohenzollernschen Lande mit Genugthuung besucht, und ich freue mich, daß ich es dies Mal auch mit besonderer Anerkennung thun kann. Sie haben auch die großen Ereignisse der jüngst vergangenen, so bewegten Zeit erwähnt, in welcher die Hohenzollernschen Lande sich in ihrer von mir erwarteten Reue bewährt, und in den dadurch herbeigeführten eigenthümlichen Verhältnissen ihre Anhänglichkeit an ein Haus gezeigt haben. Ich bin sogar mit in der Absicht in diese Lande gekommen, um Ihnen meinen Dank für die Theilnahme an dieser Festung auszusprechen.“

Karlsruhe, 3. Oktober, Nachmittags. Die Kammer der Abgeordneten nahm in ihrer heutigen Sitzung einstimmig einen Gesetzentwurf an, betreffend die Abänderung beziehungsweise die Ergänzung einiger Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde. Es wird dadurch der passive Wahlensatz bei den Wahlen der Abgeordneten abgeschafft, und festgesetzt, daß Kammermitglieder wegen ihrer Äußerungen und Abstimmungen bei den Verhandlungen nur nach Maßgabe der Geschäftsordnung zur Verantwortung gezogen werden können.

Ausland.

Wien, 2. Oktober. (Post.) Wie die Verhältnisse in Italien und Frankreich schwanken und sich für den Augenblick der Berechnung entziehen, so schwebt man hier in den Regierungskreisen zwischen Furcht und Hoffnung, und ist man noch zu keinem sicheren Urtheil über die möglichen Eventualitäten gelangt. Die Nachrichten aus Italien, wonach Rattazzi energisch auf eine Revision der September-Konvention dringe und der Kaiser der Franzosen eine solche kaum noch von der Hand weisen könne, bereiten auf die Konsequenz vor, daß Italien sich Frankreich fühlbarer als in der letzten Zeit zu Gebote stellen werde und dessen Absichten, wenigstens zunächst den Demonstrationen Napoleon's gegen Deutschland, zur Verfügung sein werde. Andererseits besorgt man, daß die ungewissen Schwankungen in Paris in einem Ministerium Rouher-Lavalette ihren Abschluß erhalten werden, und erwartet demzufolge eine Annäherung Frankreichs an Preußen und eine friedlichere Stellung unserer Nachbarn jenseits des Rheins zu dem deutschen Einigungswerk. Beide Eventualitäten würden alle Berechnungen und Hoffnungen, die sich auf die Salzburger Zusammenkunft gründen durchkreuzen, und zu einem Beschluß ist man hier natürlich noch nicht gelangt. Herr v. Beust ist von Jichi, wo er sich mit dem Kaiser besprach, zurückgekehrt, und die „Wiener Abendpost“ erklärt, daß Herr v. Hübnert in den nächsten Tagen seine Reise nach Rom antreten werde.

— Vorgestern fand in des Grafen Chambord Schloß Troisdorf die Verlobung des Großherzogs Ferdinand IV. von Toscana mit der Prinzessin Alix von Parma statt.

Wien, 3. Oktober, Abends. Die „Abendpost“ erklärt die Angabe mehrerer Blätter für unbegründet, daß das österreichische Kabinett eine vertrauliche Depesche wegen Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes an die französische Regierung gerichtet habe.

Paris, 3. Oktober, Abds. Die heutige „Patrie“ will wissen, daß der italienische Gesandte Nigra sich nur in der Absicht nach Biarritz begeben habe, um dem Kaiser genaue Mittheilungen über die Angelegenheit Garibaldis zu machen. — Der „Estandard“ bemerkt gegenüber den fortwährenden Gerüchten über die neuesten Vorgänge im Kirchenstaate, daß seit zwei Tagen sich nichts ereignet habe, was irgendwas bemerkenswerth sei.

Paris, 3. Oktober, Abends. Ein der „Epoque“ zugegangenes Communiqué dementirt die Mittheilung, daß die Marschälle Niel und Rigault de Genouilly augenblicklich in Biarritz verweilen; ebenso wird in Abrede gestellt, daß Drouyn de L'Hay und Prinz Napoleon nach Biarritz berufen seien; die Minister Rouher und Lavalette hätten sich nur in der Absicht nach Biarritz begeben, um dem Kaiser über Angelegenheiten ihrer Ressorts Vortrag zu halten; es werden außerdem die Angaben über eine zweite Circular-Depesche Montiers, sowie über den Abschluß eines Vertrages zwischen Frankreich und Italien für unbegründet erklärt.

Vommeren.

Stettin, 4. Oktober. Vor dem Schwurgericht wurde heute zunächst, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, eine Anklage wider den früheren Hauptlehrer Albert Ferd. Haase von hier wegen eines Verbrechens gegen die Sittlichkeit verhandelt. Der Angeklagte wurde zu 2jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

— An Stelle des von hier nach Reife versetzten Majors und Kommandeurs des 1. Bataillons des Königsregiments v. Briesen, tritt, wie wir hören, der Major v. Warnstedt — ein Bruder unseres Herrn Polizei-Direktors — der von Oldenburg hierher versetzt wird.

— Von dem verschlossenen Trodenboden des Hauses große Wollweberstraße Nr. 21 sind in der Nacht zum 2. d. M. mehrere Wäschstücke gestohlen.

— Am 1. Oktober ist in Anclam die Verbindung der Telegraphenstation mit dem Postamt aufgehoben und dort von diesem Tage eine selbstständige Telegraphenstation 2. Klasse eröffnet.

— Am Gymnasium zu Stargard i. P. ist die Beförderung des ersten ordentlichen Lehrers Dr. Schmidt in eine Dozentur, am Gymnasium zu Stolp die feste Anstellung des Schulanfänger-Kandidaten Dr. Holland als ordentlicher Lehrer, am Gymnasium zu Pyritz die Berufung des Prorektors Dr. Qued zum Rektor, wie auch des Hülfslehrers am Gymnasium in Neustettin, Freyer, und des Konrektors an der Stadtschule in Dramburg, Albert Schmidt, zu ordentlichen Lehrern an dem Progymnasium, genehmigt.

— Bei der königlichen General-Kommission in Stargard sind folgende Personalveränderungen vorgekommen: Der Regierungsrath Vossart ist zur Regierung in Wiesbaden und der Oekonomiekommissarius Hornemann hierher zur Regierung in Marienwerder versetzt; der Gerichts-Assessor a. D. Stöckel ist als Spe-

zial-Kommissarius hier angestellt; der Feldmesser Carl in Lauenburg ist aus dem Ressort ausgeschieden, dagegen der Feldmesser Bennewitz in Lauenburg und der Feldmesser Sommer in Stolp angestellt.

— Die Pfarrstelle zu Borin, Synode Colbath, königlichen Patronats, kommt zum 1. April f. J. durch Emeritirung und die Lehrerstelle in Groß-Hommur, Synode Pasewalk, durch Veretzung ihres selbigen Inhabers zur Erledigung. Die Wiederbesetzung der letzteren erfolgt durch die königliche Regierung.

Bermischtes.

New York, 18. September. Die „New Yorker St.-Ztg.“ berichtet: Der Bremer Dampfer „Deutschland“, der am 31. August von Bremen abgegangen war, langte am Sonnabend Nachmittags mit 798 Passagieren hier an. Als die „Deutschland“ in die Narrows einfuhr, ward die Kanone abgefeuert, um den beim Einlaufen in den Hafen gewöhnlichen Gruß zu geben; wahrscheinlich aber war die Ladung zu stark gewesen, denn die Kanone explodirte. Eine Anzahl Passagiere hatten sich in der Nähe der Kanone aufgestellt, um das Abfeuern zu beobachten, und von diesen wurden drei durch die Sprengstücke auf furchtbare Weise getödtet. Ein vierter Passagier und einer von den Matrosen wurden schwer verletzt. Die Namen von den Getödteten sind: Friedrich W. Hammer, ein Deutscher, 25 Jahr alt; Wilhelm Orge, ein Deutscher, 17 Jahr alt, und ein Mann aus Rußisch-Polen, Namens Matele.

Chicago, 1. September. Ueber das diese Woche in Indianapolis stattfindende Fest des nordamerikanischen Sängerbundes enthält die heutige „Tribune“ eine ganze Spalte Telegramme. 63 Vereine aus 40 verschiedenen großen Städten, namentlich des Westens, sind vertreten, etwa 1000 Sänger. Die Festhalle enthält Sitze für 3800 Personen und Stehplätze für 1000 mehr. Die Straßen sind mit Flaggen und Grün geschmückt. In der Hallenbahn das Banner des norddeutschen Bundes neben dem Sternennbanner und der alten schwarz-roth-goldenen Fahne Deutschlands. Der Gouverneur von Indiana, Baker, bewillkommnete die Gäste im Namen des Staats: „Wir bewillkommen Sie nicht als Fremde, sondern als naturalisirte Amerikaner. Hier, wo Sie sich dem Studium einer der edelsten der schönen Künste zu widmen gekommen sind, die Harmonie von tausend Stimmen zu hören, heißen wir Sie als Freunde und Brüder willkommen. Amerika verdankt Deutschland viel. Unsere Künste, unsere Rechtswissenschaft, unsere gelehrten Berufe und Bestrebungen verdanken der Kultur des Vaterlandes viel. Als unsere glorreichen Einrichtungen gefährdet, stürzten unsere deutschen Bürger zur Rettung herbei und gaben frei ihr Leben und ihr Vermögen für ihre Verteidigung.“ Nach einer ähnlichen Rede des Bürgermeisters der Stadt hielt R. Seidensticker in deutscher Sprache die Festrede.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 3. Oktober, Vormittags. Angelommene Schiffe: Orient (SD), Thomson, von Leith. Milo (SD), Gattens, von Hull. 1 Schiff angeland. Wind: SW. Strom eingehend. Revier 13¹² F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 4. Oktbr. Witterung: leicht bewölkt. Temperatur + 11° R. Wind: SW.

In der Börse.

Weizen steigend bezahlt, loco per 2125 Pfd. gelber 93—105 M bez., 83—85 Pfd. gelber Oktober 100¹/₄, 102 M bez., Frühjahr 96¹/₂ M bez. u. Bd., 97 M Br.

Roggen höher bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 76—78 M bez., feiner 79¹/₂ M bez., Oktober 75, 76, 75¹/₂ M bez., Oktober-November 73¹/₂ M bez., Frühjahr 70, 70¹/₂, 70 M bez. u. Bd.

Gerste, loco per 1750 Pfd. Dierbruch 50¹/₂—51¹/₂ M bez., schles. 51¹/₂, 53 M bez., mährische 52—54 M bez., 69—70 Pfd. schlesische Frühjahr 52 M bez.

Hafers loco pr. 1800 Pfd. 32—33¹/₂ M bez., Oktober 47—50 Pfd. 34¹/₂, 1¹/₄ M bez., Frühjahr 35 M bez.

Erbsen loco 68—78 M bez.

Rübsöl wenig verändert, loco vom Lager 11¹/₄ M bez., Oktober 11¹/₂ M bez. u. Bd., Oktober-November 11¹/₄ M bez. u. Bd., November-Dezember do., Dezember-Januar 11¹/₄ M bez., April-Mai 11¹/₄ M bez.

Spiritus fest und höher, loco ohne Faß 22¹/₂ M bez., kurze Lieferung 22¹/₂ M bez., Oktober 22¹/₂ M bez. u. Bd., Oktober-November 20¹/₂ M bez. u. Bd., Frühjahr 20¹/₄, 1¹/₄ M bez. u. Bd., Mai-Juni 20¹/₂ M bez.

Angemeldet: 200 Ctr. Rübsöl.

Regulirungspreise: Weizen 102, Roggen 75¹/₄, Hafer 34¹/₂, Rübsöl 11¹/₄, Spiritus 22¹/₂.

Breslau, 3. Oktober. Spiritus per 8000 Tralles 20¹/₂. Weizen pr. Oktober 85. Roggen pr. Oktober 66¹/₂, per Herbst 62¹/₂. Rübsöl pr. Oktober 10¹/₄, per Frühjahr 11¹/₂. Raps pr. Oktober 95. Zint fest.

Hamburg, 3. Oktober. Getreidemarkt. Weizen loco sehr fest, auf Termine sehr animirt. Per Oktober 5400 Pfd. netto 176 Bankothlr. Br., 175 G., pr. Oktober-November 174 Br., 173 G. Roggen loco sehr fest, auf Termine rubig. Br. Oktober 5000 Pfd. Brutto 134¹/₂ Br. und Gd., pr. Oktober-November 133 Br., 131 Gd. Hafer fest. Spiritus unverändert. Rübsöl fest, loco 23¹/₄, pr. Oktober 23¹/₄, pr. Mai 25¹/₄. Kaffee rubig. Zint fest. — Kaltes Wetter.

Amsterdam, 3. Oktober. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest, per Herbst 275 bis 282. Raps pr. Oktober 72.

Stettin, den 4. October.

Hamburg	6 Tag.	150 ¹ / ₄ G	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	150 ¹ / ₄ B	St. Schauspielt.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	142 ¹ / ₂ G	Pom. Chaussee-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll.Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 24 ¹ / ₂ bz	St. Strom-V.-A.	4	—
„	3 Mt.	—	Pr. National-V.-A.	4	113 B
Paris	10 Tg.	81 ¹ / ₄ B	Pr. See-Assecuranz	4	—
„	2 Mt.	—	Pomerania	4	113 G
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	103 ¹ / ₂ B
St. Petersburg	3 Wch.	92 ¹ / ₂ B	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
„	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 ¹ / ₂ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sta.-Anl. 54 57	4 ¹ / ₂	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
„	5	—	Bredower	4	—
St.-Schl. d. Sch.	3 ¹ / ₂	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3 ¹ / ₂	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm.-Pfäbr.	3 ¹ / ₂	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
„	4	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ Rentenb.	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Germania	—	94 ¹ / ₂ B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	—	—
„ Prior.	4	—	St. Dampfmühle	4	101 B
„	4 ¹ / ₂	—	Pommernsd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4 ¹ / ₂	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
„ Prior.	4	—	St. Kraftdinger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4 ¹ / ₂	96 B	Gemeinn. Banges.	5	—